

Vorlageart: Beschlussvorlage
Federführung: Beteiligungen
Verantwortung: Herr Erkens, Herr Tsalastras, Herr Berg

Stadtsparkasse Oberhausen (SSO); hier: Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025

Beratungsfolge

21.09.2026	Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung
28.09.2026	Rat der Stadt	Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt nimmt vom Jahresabschluss der Stadtsparkasse Oberhausen für das Geschäftsjahr 2025 mit einer Bilanzsumme von 2.997.079.772,77 EUR – versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 26.05.2026 – und dem Lagebericht der Stadtsparkasse Oberhausen für das Jahr 2025 Kenntnis.
2. Den Organen der Stadtsparkasse Oberhausen wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss 2025 in Höhe von 5.078.484,01 EUR wird gemäß dem Vorschlag des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Oberhausen vom 23.06.2026
 - a) zu einem Teilbetrag in Höhe von 3.900.000,00 EUR – in Form einer „Bruttoausschüttung“ – an die Stadt Oberhausen ausgeschüttet und
 - b) in Höhe des verbliebenen Jahresüberschusses von 1.178.484,01 EUR in die Sicherheitsrücklage der Stadtsparkasse Oberhausen eingestellt.

Bezug

Kein Bezug

Konsequenzen

Drucksache hat finanzielle Konsequenzen (siehe Sachverhalt)

Drucksache hat keine klimatischen Konsequenzen

Sachverhalt**1 1. Ausgangslage**

Nach § 24 Abs. 4 des Sparkassengesetzes NRW (SpkG NRW) sind der Jahresabschluss mit Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes nach Feststellung und der Lagebericht nach Billigung durch den Verwaltungsrat, dem Rat der Stadt vorzulegen. Der Rat der Stadt beschließt aufgrund dieser Unterlagen gemäß § 8 Abs. 2 lit. f) SpkG NRW über die Entlastung der Organe der Sparkasse und gemäß § 8 Abs. 2 lit. g) SpkG NRW über die Verwendung des Jahresüberschusses nach § 25 SpkG NRW.

2 2. Jahresabschluss 2025 der Stadtparkasse Oberhausen**2.1 Gewinn- und Verlustrechnung**

Auf die in **Anlage 1** dieser Vorlage beigefügte Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtparkasse Oberhausen vom 01.01.2025 - 31.12.2025 wird verwiesen.

Zusammengefasste Gewinn- und Verlustrechnung

	2025	2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss; Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	54.217	58.647	-4.430	-7,6
Provisionsüberschuss	29.870	28.213	1.657	5,9
Sonstige betriebliche Erträge	3.765	6.506	-2.741	-42,1
Summe Erträge	87.852	93.366	-5.514	-5,9
Personalaufwand	37.285	36.671	615	1,7
Andere Verwaltungsaufwendungen	20.468	19.769	698	3,5
Abschreibungen auf Sachanlagen	2.476	2.303	173	7,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.954	2.394	-439	-18,3
Bewertung von Forderungen, Wertpapieren und Beteiligungen	-4.173	643	-4.816	-748,7
Zuführung zu bzw. Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	9.200	17.200	-8.000	-46,5
Summe Aufwand	75.556	77.693	-2.137	-2,8
Steuern vom Einkommen und Ertrag / Sonstige Steuern	7.218	10.651	-3.433	-32,2
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	0	0,0
Bilanzgewinn	5.078	5.023	56	1,1

13

14 Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2025 in Höhe von rund 5,078 Mio. EUR wird das
15 Vorjahresergebnis in Höhe von 5,023 Mio. EUR marginal um 1,1 % übertroffen. Im Einzelnen
16 haben sich die Ertrag- und Aufwandpositionen der Stadtparkasse Oberhausen im letzten
17 Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

18 Insgesamt reduzierte sich die Höhe der Erträge um 5,5 Mio. EUR bzw. 5,9 % gegenüber
19 dem vorherigen Geschäftsjahr auf rund 87,9 Mio. EUR. Davon sank der **Zinsüberschuss**
20 von 53,0 Mio. EUR im Vorjahr um 10,5 % auf 47,5 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2025 und
21 erreichte damit wieder das Niveau aus dem Geschäftsjahr 2023. Diese Entwicklung resultiert
22 vor allem auf einer marktzinsbedingten spürbaren Verschlechterung des Zinsergebnisses
23 aus Swapvereinbarungen. Swaps sind Finanzderivate, bei denen zwei Vertragspartner
24 vereinbaren, zukünftige Zahlungsströme, wie z.B. jährliche Zinszahlungen (Zinsswap), zu
25 tauschen (Festzins gegen variablen Zins), um sich gegen künftige Zinsänderungsrisiken
26 abzusichern.

27 Aufgrund von vor allem Steigerungen des Provisionsertrages aus dem Zahlungsverkehr und
28 aus dem Wertpapiergeschäft mit Kunden steigerte sich der **Provisionsüberschuss**
29 gegenüber dem vorherigen Geschäftsjahr um weitere 1,7 Mio. EUR bzw. 5,9 % auf 29,9 Mio.
30 EUR.

31 Die Höhe der **sonstigen betrieblichen Erträge** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um

42,1 % bzw. 2,7 Mio. EUR auf 3,8 Mio. EUR, primär da im Vorjahr hohe Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen infolge des Todes eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes enthalten waren. Im Geschäftsjahr 2025 sind 1,5 Mio. EUR Erträge aus der Personalgestellung an Auslagerungsgesellschaften und 0,6 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen enthalten.

Die Höhe des gebuchten **Personalaufwandes** stieg gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,7 % auf 37,3 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr 2025 reduziert sich die Anzahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten um drei auf 466 Personen und die zum 01.04.2025 umgesetzte Tarifierhöhung wirkte sich aus.

Die Höhe der **anderen Verwaltungsaufwendungen** stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. EUR bzw. 3,5 % auf 20,5 Mio. EUR, da in Höhe von 0,8 Mio. EUR eine Verbandsumlage für den Aufbau eines institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe geleistet wurde. Die Höhe der **Abschreibungen auf Sachanlagen** stieg um rund 0,2 Mio. EUR auf 2,5 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2025. Die Höhe der **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** reduzierte sich dagegen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. EUR auf 2,0 Mio. EUR.

Beim saldierten **Bewertungsergebnis aus dem Kredit-, Wertpapier- und Beteiligungsbereich** wird im Geschäftsjahr 2025 insgesamt ein Aufwand von 4,2 Mio. EUR ausgewiesen, während im Vorjahr insgesamt ein Ertrag von 0,6 Mio. EUR gebucht wurde. Im Jahr 2025 ergaben sich im Kreditgeschäft – als Folge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – signifikante Belastungen, die zu einer deutlichen Erhöhung der Risikovorsorge führten. Dagegen stellte sich das Bewertungsergebnis aus Wertpapieranlagen positiv dar, ebenso das Bewertungsergebnis bei den Beteiligungen; allerdings fielen die Erhöhungen in diesen Bereichen deutlich geringer aus im Vergleich zur Erhöhung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, so dass insgesamt ein Aufwand beim Bewertungsergebnis ausgewiesen werden musste.

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** gemäß § 340g HGB wurde deutlich um weitere 9,2 Mio. EUR aufgestockt und beträgt zum 31.12.2025 somit 96,0 Mio. EUR.

Der **Steueraufwand** reduziert sich im Geschäftsjahr 2025 gegenüber dem vorherigen Geschäftsjahr um 3,4 Mio. EUR auf 7,2 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr 2024 war hierbei auch ein Aufwand von 0,4 Mio. EUR aus der Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB für latente Steuern enthalten, der im Geschäftsjahr 2025 0,2 Mio. EUR betrug.

2.2 Bilanz

Auf die in **Anlage 2** dieser Vorlage beigefügte Bilanz der Stadtsparkasse Oberhausen zum 31.12.2025 wird verwiesen.

Gegenüber dem vorherigen Bilanzstichtag am 31.12.2024 sank die Höhe der **Bilanzsumme** zum 31.12.2025 um 25,2 Mio. EUR bzw. 0,8 % auf rund 2.997,1 Mio. EUR.

Die **Forderungen an Kunden**/Kundenkreditvolumen betrugen zum Bilanzstichtag 31.12.2025 2.170,4 Mio. EUR, also 22,7 Mio. EUR bzw. 1,1 % höher im Vergleich zum vorherigen Bilanzstichtag. Diese Erhöhung der Kundenforderungen resultiert aus Steigerungen im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen sowie auch gegenüber öffentlichen Kreditnehmern, wo der höchste Anstieg zu verzeichnen war. Dagegen war beim gewerblichen Kreditgeschäft aufgrund der Ablösung eines Großengagements ein Rückgang der Höhe der Kundenforderungen feststellbar. Die Darlehenszusagen erhöhten sich insgesamt im Jahr 2025 auf 337,1 Mio. EUR und lagen damit um 36,8 % über dem Wert des Vorjahres. Während die Zusagen im Bereich der öffentlichen Finanzierungen stark anstiegen, verringerten sich die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus um

79 5,5 % auf 146,5 Mio. EUR.

80 Die **Barreserve** hat sich gegenüber dem vorherigen Bilanzstichtag um 6,0 Mio. EUR auf
81 47,9 Mio. EUR reduziert und ebenso reduzierte sich die Höhe der **Forderungen an**
82 **Kreditinstitute** deutlich um 48,3 Mio. EUR auf 478,3 Mio. EUR, während sich die Höhe der
83 **Wertpapieranlagen** um 2,2 Mio. EUR gegenüber dem Stand vom 31.12.2024 auf 208,1 Mio.
84 EUR erhöhte. Die starke Reduzierung bei den Forderungen an Kreditinstituten resultiert aus
85 der geringeren Nutzung der Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank, bei der
86 kurzfristig nicht benötigte liquide Mittel jederzeit zum Satz der Einlagefazilität bis zum
87 nächsten Geschäftstag angelegt und als Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen
88 werden.

89 Zum Bilanzstichtag 31.12.2025 erhöhte sich das Volumen der **Beteiligungen und Anteile**
90 **an verbundenen Unternehmen** in Summe um 3,9 Mio. EUR auf 43,6 Mio. EUR. Innerhalb
91 des Beteiligungsportfolios ergaben sich folgende Veränderungen im Jahr 2025:
92 Zuschreibung bei der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft S-Finanzgruppe GmbH & Co.
93 KG von 0,8 Mio. EUR, Erhöhung der Beteiligung an der RSL Rheinische Sparkassen
94 Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG von 0,5 Mio. EUR sowie Erhöhung der
95 Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband um 2,8 Mio. EUR. Dagegen war
96 eine Wertberichtigung um 0,2 Mio. EUR bei einer anderen Beteiligung notwendig.

97 Die Höhe der **Sachanlagen** reduzierte sich aufgrund von planmäßigen Abschreibungen bei
98 Aktivierungen vor allem im Zusammenhang mit dem Umbau der ehemaligen Kantine im
99 Hauptstellengebäude um 0,1 Mio. EUR auf 31,2 Mio. EUR zum 31.12.2025.

100 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** (Einlagengeschäft) erhöhten sich, vor allem
101 durch eine Steigerung der Einlagen von Privatpersonen, gegenüber dem Stand vom
102 31.12.2024 um 53,3 Mio. EUR bzw. 2,2 % auf 2.461,2 Mio. EUR zum 31.12.2025. Die
103 Kunden bevorzugten weiterhin liquide Anlageformen, so dass die täglich fälligen Einlagen
104 zum 31.12.2025 54,8 % der Bilanzsumme ausmachten.

105 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** reduzierten sich aufgrund von
106 Fälligkeiten bei Weiterleitungsdarlehen gegenüber dem vorherigen Bilanzstichtag deutlich
107 um 25,0 % bzw. 83,0 Mio. EUR auf 248,6 Mio. EUR zum 31.12.2025.

108 Nach der Zuführung des Jahresüberschusses beträgt das **Eigenkapital** der Stadtsparkasse
109 Oberhausen zum 31.12.2025 rund 143,6 Mio. EUR (31.12.2024: 141,5 Mio. EUR). Der
110 zusätzlich bestehende **Fonds für allgemeine Bankrisiken** gemäß § 340g HGB umfasst
111 zum 31.12.2024 ein Volumen von 96,0 Mio. EUR (31.12.2024: 86,8 Mio. EUR). Damit
112 werden bei der Stadtsparkasse Oberhausen die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die
113 Eigenmitteldotierung deutlich übererfüllt.

114 **3. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung**

115 **zu 1.: Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2025**

116 Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat am 26.05.2026
117 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss des Jahres 2025
118 erteilt. Der Verwaltungsrat hat am 23.06.2026 daraufhin gemäß § 15 Abs. 2 lit. d) SpkG
119 NRW den Jahresabschluss festgestellt und den Lagebericht gebilligt.

120 Der Jahresabschluss 2025 der Stadtsparkasse Oberhausen kann zur Kenntnis genommen
121 werden.

122 **zu 2.: Entlastung der Organe der Stadtsparkasse Oberhausen**

123 Es liegen keine Gründe vor, den Organen der Stadtsparkasse Oberhausen für das
124 Geschäftsjahr 2025 die Entlastung zu versagen.

125 **An der Beschlussfassung zur Entlastung der Organe dürfen Ratsmitglieder, die im**
126 **Geschäftsjahr 2025 Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrates**
127 **der Stadtparkasse Oberhausen waren, auf Grund der persönlichen Betroffenheit**
128 **gem. § 31 Abs. 1 GO NRW, nicht mitwirken.**

129 **zu 3.: Verwendung des Jahresüberschusses/Ausschüttung**

130 Der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Oberhausen hat in seiner Sitzung am 23.06.2026
131 u.a. beschlossen, dem Rat vorzuschlagen, den Jahresüberschuss in Höhe von 5.078.484,01
132 EUR zu einem Teilbetrag in Höhe von 3.900.000,00 EUR – in Form einer
133 „Bruttoausschüttung“ (also vorbehaltlich der abzuführenden Kapitalertragsteuer (KapSt) in
134 Höhe von 15 % und des Solidaritätszuschlags auf die KapSt in Höhe von 5,5 %) – an die
135 Stadt Oberhausen auszuschütten, sowie den verbleibenden Jahresüberschusses in Höhe
136 von 1.178.484,01 EUR in die Sicherheitsrücklage der Stadtparkasse Oberhausen
137 einzustellen.

138 **4. Auswirkung auf den städtischen Haushalt**

139 Der städtische Haushalt sieht für das Jahr 2026 – inklusive der Berücksichtigung der
140 Erhöhung der Ausschüttung der Stadtparkasse Oberhausen um 0,9 Mio. EUR gemäß des
141 Änderungsantrages der CDU-Fraktion (Drucksache: A/18/0475) – eine Gewinnausschüttung
142 aus dem Jahresüberschuss der Stadtparkasse Oberhausen in Höhe von 3,9 Mio. EUR
143 brutto vor.

144 Da keine Ausschüttungssperre besteht, steht der Gewinn zur Ausschüttung zur Verfügung.
145 Die Gewinnausschüttung an die Stadt Oberhausen kann somit vollumfänglich realisiert
146 werden.

Anlage/n

1 - Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. – 31.12.2025

2 - Bilanz zum 31.12.2025

3 - Lagebericht für das Jahr 2025

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025**

		EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2024 TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		71.770.019,90			84.073
darunter:					
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR				(0)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	478.622,59 EUR				(259)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.436.653,29			1.467
darunter:					
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR				(0)
			73.206.673,19		85.539
			25.746.999,05		32.513
2. Zinsaufwendungen				47.459.674,14	53.026
darunter:					
abgesetzte positive Zinsen	261,50 EUR				(0)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	507.905,91 EUR				(548)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.539.506,89		3.878
b) Beteiligungen			1.535.125,04		1.139
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			317.632,26		79
				6.392.264,19	5.096
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				365.000,00	525
5. Provisionserträge			31.697.753,98		29.797
6. Provisionsaufwendungen			1.827.603,30		1.584
				29.870.150,68	28.213
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR				(0)
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.765.281,83	6.506
darunter:					
aus der Fremdwährungsumrechnung	240,87 EUR				(0)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR				(0)
9. (weggefallen)				87.852.370,84	93.366
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		28.571.005,14			28.219
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		8.714.066,08			8.451
darunter:					
für Altersversorgung	3.038.532,79 EUR				(2.868)
			37.285.071,22		36.671
b) andere Verwaltungsaufwendungen			20.467.745,05		19.769
				57.752.816,27	56.440
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				2.475.990,52	2.303
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				1.954.496,67	2.394
darunter:					
aus der Fremdwährungsumrechnung	973,71 EUR				(2)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR				(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			4.913.413,43		2.973
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		0
				4.913.413,43	2.973
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			740.822,43		3.616
				740.822,43	3.616
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				9.200.000,00	17.200
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				12.296.476,38	15.673
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR				(0)
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR				(0)
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			7.077.791,77		10.471
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	197.300,00 EUR				(425)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			140.200,60		180
				7.217.992,37	10.651
25. Jahresüberschuss				5.078.484,01	5.023
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00			0
b) aus anderen Rücklagen		0,00			0
				5.078.484,01	5.023
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00			0
b) in andere Rücklagen		0,00			0
29. Bilanzgewinn				5.078.484,01	5.023

		EUR	EUR	EUR	31.12.2024 TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand				23.956.227,46	27.676
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank				23.971.934,70	26.249
				47.928.162,16	53.925
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00			0
b) Wechsel		0,00			0
			0,00		0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			436.981.458,37		483.829
b) andere Forderungen			41.295.898,53		42.785
				478.277.356,90	526.614
4. Forderungen an Kunden				2.170.378.610,81	2.147.713
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	939.551.984,69	EUR			(927.738)
Kommunalkredite	562.251.385,56	EUR			(551.868)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR			(0)
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			35.634.447,73		15.128
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	35.634.447,73	EUR			(15.128)
bb) von anderen Emittenten			34.722.704,85		30.608
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	28.979.489,26	EUR			(18.370)
			70.357.152,58		45.736
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR			(0)
				70.357.152,58	45.736
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				137.703.253,23	160.174
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				36.909.881,32	33.012
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00	EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00	EUR			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				6.705.000,00	6.705
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00	EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00	EUR			(0)
9. Treuhandvermögen				4.585.773,75	6.038
darunter:					
Treuhandkredite	4.585.773,75	EUR			(6.038)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			12.836,00		41
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00		0
				12.836,00	41
12. Sachanlagen				31.229.100,61	31.354
13. Sonstige Vermögensgegenstände				3.381.422,76	1.399
14. Rechnungsabgrenzungsposten				509.922,65	228
15. Aktive latente Steuern				9.101.300,00	9.299
Summe der Aktiva				2.997.079.772,77	3.022.237

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2024 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.075,00		1
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>248.584.867,88</u>		<u>331.597</u>
			248.585.942,88	<u>331.597</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>544.063.692,83</u>			<u>574.414</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>2.681.118,60</u>	<u>546.744.811,43</u>		<u>3.019</u>
				<u>577.433</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>1.643.748.138,36</u>			<u>1.574.253</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>270.677.360,00</u>	<u>1.914.425.498,36</u>		<u>256.199</u>
			2.461.170.309,79	<u>1.830.452</u>
				<u>2.407.885</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>6.120.042,99</u>		<u>6.145</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			6.120.042,99	<u>6.145</u>
3a. Handelsbestand			<u>0,00</u>	<u>0</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>4.585.773,75</u>	<u>6.038</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>4.585.773,75</u> EUR			<u>(6.038)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>3.451.720,90</u>	<u>2.940</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>111.592,41</u>	<u>267</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>23.028.601,00</u>		<u>23.949</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>1.301.335,50</u>		<u>5.214</u>
c) andere Rückstellungen		<u>9.140.483,39</u>		<u>9.896</u>
			33.470.419,89	<u>39.060</u>
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	<u>0</u>
10. Genussrechtskapital			<u>0,00</u>	<u>0</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>96.015.237,00</u>	<u>86.815</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>138.490.249,15</u>	<u>138.490.249,15</u>		<u>136.468</u>
		<u>5.078.484,01</u>		<u>136.468</u>
d) Bilanzgewinn			143.568.733,16	<u>5.023</u>
				<u>141.490</u>
Summe der Passiva			<u>2.997.079.772,77</u>	<u>3.022.237</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>24.026.950,97</u>		<u>25.348</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			24.026.950,97	<u>25.348</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>90.304.033,38</u>		<u>71.864</u>
			90.304.033,38	<u>71.864</u>



STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

KREDITANSTALT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Lagebericht für das Jahr 2025

160. Geschäftsjahr

A.	GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER SPARKASSE	3
B.	WIRTSCHAFTSBERICHT.....	4
1.	GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN	4
1.1	Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen 2025	4
1.2	Branchenumfeld und rechtliche Rahmenbedingungen 2025	6
2.	BEDEUTSAMSTE FINANZIELLE UND NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN	9
3.	DARSTELLUNG, ANALYSE UND BEURTEILUNG DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG.....	10
4.	DARSTELLUNG, ANALYSE UND BEURTEILUNG DER LAGE	14
4.1	Vermögenslage	14
4.2	Finanzlage.....	15
4.3	Ertragslage	16
C.	NACHTRAGSBERICHT.....	18
D.	RISIKO- UND CHANCENBERICHT	19
1.	RISIKOMANAGEMENTSYSTEM.....	19
2.	STRUKTURELLE DARSTELLUNG DER WESENTLICHEN RISIKEN.....	21
2.1	Adressenrisiko	21
2.2	Marktpreisrisiko.....	25
2.3	Liquiditätsrisiko	28
2.4	Operationelles Risiko.....	30
2.5	Beteiligungsrisiko	30
3.	CHANCENBERICHT.....	31
4.	GESAMTBEURTEILUNG DER RISIKOLAGE.....	32
E.	PROGNOSEBERICHT.....	33
1.	AUSBLICK 2026	33
2.	GESCHÄFTSENTWICKLUNG	36
3.	ENTWICKLUNG DER LAGE	37
4.	GESAMTAUSSAGE.....	38

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß § 1 des Sparkassengesetzes NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf (RSGV), und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Die Sparkasse ist beim Amtsgericht Duisburg unter der Nummer A 8155 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Oberhausen. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die Landkreise Wesel, Recklinghausen sowie die Städte Bottrop, Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im RSGV und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Gemäß § 1 Abs. 1a der Satzung für den Sparkassen-Teilfonds des RSGV gliedert sich das Vermögen des Sparkassen-Teilfonds in zwei separate Vermögensmassen (Teilvermögen), die dem einheitlichen Stützungsfonds und dem Zusatzfonds zugeordnet sind. Die Mittel für die Teilvermögen werden von den Mitgliedssparkassen im Rahmen der Verbandsumlage aufgebracht. Das Zielvolumen für den Zusatzfonds ist bis spätestens 31.12.2032 zu erbringen.

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß ihrer Geschäftsstrategie das einer „multikanalen Vertriebsparkasse“. Neben den stationären Vertriebskanälen und dem SB-Vertrieb stellen das Online-/Mobile-Banking sowie das Kunden-Service-Center (KSC), das Digitale Beratungszentrum (DBC) und das BusinessCenter (BC) weitere wichtige und auszubauende Vertriebskanäle dar.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist bis zum 31. Dezember 2025 gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,7 % auf 500 gesunken, von denen 196 teilzeitbeschäftigt sowie 31 in Ausbildung sind.

Die Gesamtzahl unserer Geschäftsstellen beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf 7 und hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen 2025

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft blieben auch im Jahr 2025 herausfordernd. Geopolitische Konflikte, wirtschaftliche und politische Differenzen zwischen den USA, anderen westlichen Industrieländern und China, aber auch tiefgreifende strukturelle Anpassungsprozesse prägten die Weltwirtschaft und insbesondere die globalen Handelsbeziehungen. Dazu kamen die Zollerhöhungen der USA, die zunächst für erhebliche Unsicherheit und verschiedene Vorzieheffekte sorgten, seit dem Inkrafttreten der Zölle eine reale Belastung des Außenhandels darstellen und die Umleitung von Handelsströmen zur Folge haben.

Die weltweite Wirtschaftsleistung nahm im Jahr 2025 nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) – wie bereits im Vorjahr – um 3,3 % zu. Trotz der vielfältigen Belastungen erwies sich die globale Konjunktur damit als insgesamt robust, blieb jedoch weiterhin hinter der Dynamik der Vor-Corona-Jahre zurück. Unter den Industrieländern wuchsen die USA überdurchschnittlich (+2,1 %), während sich Europa weiterhin verhalten entwickelte (Eurozone: +1,4 %).

Der Welthandel legte 2025 um 4,1 % zu. Nach Schätzungen der Welthandelsorganisation (WTO) stieg der weltweite Warenaustausch um 2,4 % (Vorjahr: +2,8 %). Der Handel mit Dienstleistungen wuchs mit 4,6 % weiterhin dynamischer als der Warenhandel, wenngleich sich die Expansion gegenüber 2024 (6,8 %) abschwächte. Die deutsche Wirtschaft, die stark auf den Export von Industriegütern ausgerichtet ist, konnte von dieser Entwicklung folglich nicht profitieren.

Die deutsche Industrie verliert seit einigen Jahren an Wettbewerbsfähigkeit, während andere Volkswirtschaften, insbesondere China – vor allem in den für Deutschland zentralen Industriezweigen Automobil, Chemie und Maschinenbau – zulegen. Dabei sehen sich die deutschen Unternehmen zunehmend mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehören einerseits die Verschlechterung heimischer Standortbedingungen, andererseits Entwicklungen im internationalen Kontext wie Zollerhöhungen, die wachsende Konkurrenzfähigkeit chinesischer Produkte und technologische Entwicklungen, in denen insbesondere die USA und China stärker aufgestellt sind (z.B. künstliche Intelligenz, E-Mobilität).

Vor diesem Hintergrund stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Jahr 2025 nach zwei Rückgängen in Folge geringfügig an (+0,2 %). Positiv zum Wachstum beigetragen (0,8 %-Punkte bzw. 0,3 %-Punkte) haben die privaten und die staatlichen Konsumausgaben, die um 1,6 % bzw. 1,3 % zulegten. Die Exporte der deutschen Wirtschaft entwickelten sich im Jahr 2025 erneut rückläufig (-0,4 %). Da die Importe deutlich um 3,6 % zunahmen, reduzierte der Außenbeitrag das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 1,5 Prozentpunkte.

Die Bruttoanlageinvestitionen sanken leicht um 0,2 % (2024: -3,3 %) und wirkten sich damit kaum auf das BIP-Wachstum aus. Die Ausrüstungsinvestitionen waren das dritte Jahr in Folge rückläufig (-1,9 %). Dabei zeigen die Einzeldaten, dass die Ausrüstungsinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren zurückgingen (-5,8 %, nach -6,2 % im Vorjahr), während die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um 33,1 % zulegten.

Auch der Rückgang der Bauinvestitionen setzte sich fort (-0,6 %), allerdings nicht mehr in dem Maße wie in den Vorjahren 2021 bis 2024. Die Bauinvestitionen reduzierten das BIP im Berichtsjahr um 0,1 Prozentpunkte.

Die schwierige Wirtschaftslage hinterließ im Berichtsjahr 2025 deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg das dritte Jahr in Folge und überschritt im Sommer zeitweise die Grenze von 3 Millionen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 6,0 % (2024) auf 6,3 % und erreichte damit den höchsten Stand seit 2015 (6,4 %). In Nordrhein-Westfalen lag die jahresdurchschnittliche Quote bei 7,8 % (Vorjahr: 7,5 %). Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im Jahresdurchschnitt 2025 praktisch unverändert, ähnlich wie im Vorjahr (+0,1 %).

Die steigende Arbeitslosigkeit ist nach Einschätzung von Creditreform – neben den gestiegenen Lebenshaltungskosten – eine der Ursachen für die weitere Zunahme der Verbraucherinsolvenzen. Diese stiegen im Jahr 2025 um 6,5 % auf 76.300 Fälle, und damit auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2021.

Bei den Unternehmensinsolvenzen setzte sich der Anstieg im Jahr 2025 fort (+8,3 %), verlor jedoch gegenüber 2024 (+22,5 %) an Dynamik. Mit rund 23.900 Fällen erreichte die Zahl den höchsten Stand seit 2014. Dabei verzeichneten alle Wirtschaftssektoren eine weitere, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächte Zunahme der Insolvenzen. Am stärksten fiel der Anstieg im Handel (+10,4 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (+10,3 %) aus.

Das Insolvenzrisiko hat sich in den letzten vier Jahren deutlich erhöht: Die Insolvenzquote stieg von 47 (2021) auf 76 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Mit einer Quote von 99 blieb das Baugewerbe der mit Abstand am stärksten von Insolvenz bedrohte Wirtschaftsbereich.

Nach den hohen Preissteigerungen der Vorjahre hatte sich die Inflation bereits im Vorjahr deutlich abgeschwächt und verharrte im Berichtsjahr 2025 auf diesem Niveau (+2,2 %). Die Kerninflationsrate lag mit +2,8 % weiterhin über der Gesamtinflation, setzte jedoch ihren Abwärtstrend fort.

Vor dem Hintergrund des geringeren Preisauftriebs führten die um nominal 3,1 % gestiegenen verfügbaren Einkommen zu Realeinkommenszuwächsen der privaten Haushalte. Die Konsumausgaben nahmen mit nominal +4,2 % noch stärker zu. Entsprechend ging die Sparquote auf 10,3 % zurück und entsprach damit in etwa dem Durchschnittswert seit Ende der 1990er-Jahre.

Der Immobiliensektor entwickelte sich im Jahr 2025 weiterhin verhalten. In realer Rechnung sanken die Bauinvestitionen das fünfte Jahr in Folge: insgesamt um 0,6 %, im Wohnungsbau um 2,0 %. Im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich der Rückgang damit jedoch.

Trotz der schwachen Bautätigkeit mehrten sich im vergangenen Jahr die Anzeichen für eine Belebung im Wohnungsbau. So stieg die Zahl der Baugenehmigungen erstmals seit 2021 wieder an. Mit 238.500 genehmigten Wohnungen lag sie um 10,8 % über dem Vorjahr. Allerdings relativiert sich der starke prozentuale Zuwachs vor dem Hintergrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus von 2024, das den geringsten Stand seit 2010 markiert hatte.

Ebenfalls positiv entwickelten sich die Zusagen für Wohnungsbaukredite und auch die Preise für Wohnimmobilien zogen weiter an. Der Häuserpreisindex stieg in den ersten drei Quartalen 2025 jeweils um rund 1 % gegenüber dem Vorquartal; im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal lagen die Preise um 3 % bis 3,5 % höher. Trotz der zwischenzeitlichen Korrektur bleibt das Preisniveau vergleichsweise hoch.

Die Geldpolitik in den großen Industrieländern unterschied sich im Jahr 2025 stärker als im Vorjahr. Allerdings setzten die meisten Notenbanken ihren Zinssenkungskurs im Grundsatz fort. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) ließ den Leitzins bis September 2025 zunächst unverändert, bevor sie den Leitzins in drei Schritten von einer Bandbreite von 4,25 % - 4,50 % auf 3,50 % - 3,75 % absenkte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte ihren im Sommer 2024 begonnenen Zinssenkungskurs im ersten Halbjahr 2025 fort. Der Einlagensatz sank in vier Schritten von 3,0 % auf 2,0 % und der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 3,15 % auf 2,15 %. Nach der letzten Zinssenkung am 11. Juni blieben die Leitzinsen unverändert. Gleichzeitig trieb die EZB den Abbau ihres Anleiheportfolios voran, was der Lockerung der monetären Rahmenbedingungen tendenziell entgegenwirkte.

Die Entwicklung an den langfristigen Anleihemärkten verlief im Jahr 2025 nicht parallel zur Senkung der Leitzinsen. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die auch für das Kundengeschäft eine wichtige Bezugsgröße darstellt, lag zu Jahresbeginn 2025 bei 2,37 %. Im weiteren Jahresverlauf erhöhte sie sich unter Schwankungen und belief sich zum Jahresende auf 2,86 %.

Trotz des unsicheren weltwirtschaftlichen Umfelds war das Jahr 2025 erneut ein sehr gutes Börsenjahr. Alle großen Aktienindizes legten mit zweistelligen Raten zu. Der Nasdaq 100 stieg nach einem Plus von mehr als einem Viertel im Vorjahr erneut kräftig an (+20,5 %), während der Dow Jones mit +13 % erneut schwächer zulegte. Ebenfalls deutlich überdurchschnittlich zeigte sich der Deutsche Aktienindex (DAX). Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland verzeichnete er ein Plus von rund 23 % im Jahresverlauf und erreichte neue Allzeithochs.

Die dargestellte, weiter herausfordernde Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025 hatte auf den Geschäftsverlauf der Stadtparkasse Oberhausen insgesamt nur einen überschaubaren Einfluss. Allerdings stieg die Zahl der Arbeitslosen auch in Oberhausen zum 31.12.2025 im Jahresvergleich um 2,4 % auf 12.595, während die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahresende um 0,1 Prozentpunkte auf 11,2 % zunahm.

1.2 Branchenumfeld und rechtliche Rahmenbedingungen 2025

Branchenumfeld

In einem weiterhin herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld zeigten sich die deutschen Kreditinstitute nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank im Jahr 2025 insgesamt stabil und solide kapitalisiert.

Die Kreditvergabe belebte sich im Berichtsjahr weiter, wenn auch auf niedrigem Niveau. Der Bestand der Kredite an inländische Nichtbanken stieg von Ende 2024 bis Ende 2025 um 3,7 % (Vorjahr: + 1,4 %). Dabei nahmen insbesondere die Kredite an öffentliche Haushalte überdurchschnittlich zu. In geringerem Maße, aber auch überdurchschnittlich, legte der Bestand an Unternehmenskrediten zu, dieser lag zum Jahresende 2025 4,4 % über dem Vorjahreswert (2024: +1,0%).

Das gesamte Neukreditvolumen für den privaten Wohnungsbau lag im Jahr 2025 rund 21 % über dem Volumen des Vorjahres (2024: +ca. 23 %). Dennoch lag es damit weiterhin unter den Werten in den Rekordjahren 2019 bis 2022.

Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die Sparkassen im Rheinland. Das Kredit-Neugeschäft hat sich erneut klar verbessert, blieb jedoch deutlich hinter dem Volumen unmittelbar vor der EZB-Zinswende zurück. Im Neugeschäft mit Unternehmen und Selbständigen kam es zu einer Zunahme um 15,2 %, bei den Darlehenszusagen für den privaten Wohnungsbau um 19,9 % (2024: +28,2 %).

Der Bestand der Kundenkredite nahm um 2,8 % zu und resultierte vor allem aus dem Kreditgeschäft mit öffentlichen Haushalten, das kräftig ausgeweitet wurde (+28,2 %). Aber auch im Firmenkundengeschäft und im Geschäft mit privaten Kunden führte die anziehende Nachfrage zu deutlichen Bestandszuwächsen (+1,6 %).

Auf der Passivseite kam es bei den Kreditinstituten im Inland im Jahresverlauf 2025 zu einer Zunahme der Einlagen von Nichtbanken um 2,5 % (2024: +4,2 %). Dabei legten die Sichteinlagen wieder stärker zu (+6,3 % nach +3,5 % im Vorjahr). Die Termineinlagen dagegen gingen leicht zurück (-0,7 %) nach einer deutlichen Zunahme im Vorjahr (+8,6 %).

Die Spareinlagen setzten ihren Abwärtstrend im Berichtsjahr fort (-3,9 %, nach -8,9 % in 2024). Auch der Bestand an Sparbriefen ging im Berichtsjahr zurück (-1,2 %). Hier hatte sich nach zuvor hohen Steigerungsraten (2023: +311 %, 2024: + 11 %) bereits zum Jahresende 2024 eine rückläufige Nachfrage abgezeichnet.

Auch das Einlagengeschäft der rheinischen Sparkassen war im Jahr 2025 durch kräftige Mittelzuflüsse und zinsinduzierte Umschichtungen geprägt. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen legte um 3,3 % zu, getrieben insbesondere durch das Privatkundengeschäft. Dabei setzte sich der Rückgang der Spareinlagen das vierte Jahr in Folge fort. Seit dem Beginn der EZB-Zinswende verzeichneten die rheinischen Sparkassen einen Rückgang der Spareinlagen um gut ein Drittel.

Nach den hohen Mittelzuflüssen bei Sparbriefen und Termineinlagen im Vorjahr (+42,4 % bzw. +17,6 %), verzeichneten die rheinischen Sparkassen im Berichtsjahr 2025 Abflüsse bei diesen Anlageprodukten (-2,2 % bzw. -4,6 %). Bei Inhaberschuldverschreibungen hingegen setzte sich der Anstieg fort (+43,7 %). Auch bei täglich fälligen Geldern verzeichneten die rheinischen Sparkassen starke Mittelzuflüsse (+6,8 %). In der Folge erhöhte sich der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen wieder und lag zum Jahresende 2025 bei 66 % (zum Vergleich 2015: 53,9 %; 2005: 30,0 %).

Das Umsatzwachstum im Kundenwertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen hat sich im Jahr 2025 weiter fortgesetzt (+12,9 %) und erreichte den zweithöchsten jemals erreichten Wert. Auch der Nettoumsatz an Kunden stieg kräftig.

Die Bundesbank konstatiert in ihrem Finanzstabilitätsbericht 2025 eine breit angelegte, im historischen Vergleich jedoch moderate Zunahme der Risiken im Kreditgeschäft. Insgesamt seien die erwarteten Verluste für die Mehrheit der Institute beherrschbar, wirken jedoch dämpfend auf die Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute durch steigende Investitionskosten für die IT-Sicherheit und die Folgen der ab Juni 2024 erfolgten Leitzinssenkungen unter Druck.

Die allgemeine Zinsentwicklung schlug sich auch bei den rheinischen Sparkassen in der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ nieder, wo sich der leichte Rückgang des Vorjahres verstärkte. Beim Provisionsüberschuss konnte hingegen erneut eine Zunahme verzeichnet werden. Der Verwaltungsaufwand stieg wieder stärker, was insbesondere auf deutlich steigende Sachkosten zurückzuführen war. Die neugebildete Risikovorsorge im Kreditgeschäft der rheinischen Sparkassen blieb nach einer Steigerung im Vorjahr nahezu konstant.

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen nur in Teilen zu. Im Vergleich zur Entwicklung im Rheinland insgesamt ergab sich in der Sparkasse insbesondere eine nicht so starke Ausweitung des Kredit-Neugeschäfts mit Unternehmen und Selbständigen sowie für den privaten Wohnungsbau.

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025

Zum 1. Januar 2025 trat der größte Teil des aktualisierten Basel-III-Regelwerks als EU-Bankenpaket in Kraft, das aus der Capital Requirements Regulation (CRR III) als unmittelbar geltende Verordnung und der in nationales Recht umzusetzenden Capital Requirements Directive (CRD VI) besteht. Kernziele sind eine verbesserte Eigenkapitalausstattung, der Abbau von Bürokratie, die Integration von ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Governance) sowie eine harmonisierte Aufsicht. Die Umsetzung der CRD VI in nationales Recht soll im Jahr 2026 mit dem Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) erfolgen. Insgesamt führen die Regelungen zu stärkeren Eigenkapitalanforderungen, da Risiken konservativer zu bewerten sind und infolgedessen mehr hartes Kernkapital vorzuhalten ist. Die Regeln für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken wurden überarbeitet und mit dem Ziel einer besseren Vergleichbarkeit der Banken und mehr Transparenz stärker standardisiert. Dabei profitieren kleinere, weniger komplexe Institute von vereinfachten Melde- und Offenlegungsverfahren. Gleichzeitig werden die Anforderungen an die Geschäftsorganisation, das Risikomanagement und die internen Kontrollen präzisiert. Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken müssen nunmehr systematisch in die Geschäftsstrategie und das Risikomanagement einbezogen werden. Ergänzend stärkt das Bankenpaket die Vorgaben zur Sanierung und Abwicklung von Banken, damit Institute im Krisenfall ohne Belastung von Steuerzahlern abgewickelt werden können.

Die im Mai 2024 veröffentlichte 8. MaRisk-Novelle entfaltete im Jahr 2025 ihre volle Wirkung, da die erstmals formulierten Anforderungen an das Risikomanagement von Kreditspreadrisiken im Anlagebuch bis zum 31.12.2024 umzusetzen und somit im Geschäftsjahr 2025 anzuwenden waren.

Seit dem 17. Januar 2025 ist die EU-Verordnung „Digital Operational Resilience Act“ (DORA) verbindlich für Banken und andere Finanzinstitute in der EU anzuwenden, mit spürbaren Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Praxis der Institute. Mit DORA wurde ein harmonisierter, einheitlicher Rechtsrahmen für die digitale Betriebs- und Cyber-Resilienz im Finanzsektor geschaffen. In diesem Zusammenhang mussten Banken ihre Governance, Risikoanalyse, Schutz-, Erkennungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen in Bezug auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) deutlich verbessern. Bestehende nationale IT-Richtlinien, wie z. B. die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT) wurden durch die Vorgaben der DORA ersetzt.

Mit der EU-Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) wird die nicht-finanzielle Berichterstattung zu einer Nachhaltigkeitsberichterstattung weiterentwickelt. Die Umsetzungsfrist der Richtlinie (bis zum 6. Juli 2024) wurde durch Deutschland versäumt, was zur Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU geführt hat. Am 3. September 2025 hat die Bundesregierung einen neuen Entwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes beschlossen. Dieser Regierungsentwurf sieht weitestgehend eine vollständige Übernahme der bestehenden EU-Vorgaben in nationales Recht vor und enthält zudem Regelungen aus der sogenannten Omnibus-Initiative zur Änderung der CSRD. Dies betrifft insbesondere die künftige Einschränkung des Anwendungsbereichs der CSRD und die damit verbundene Verringerung des Kreises der zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichteten Unternehmen. Bis zum Inkrafttreten des CSRD-Umsetzungsgesetzes gilt weiterhin der bisherige Rechtsrahmen zur nichtfinanziellen Berichterstattung.

Des Weiteren wurden im Jahr 2025 für Banken wesentliche Neuerungen zur Geldwäschebekämpfung eingeführt, u. a. durch aktualisierte Auslegungs- und Anwendungshinweise (AuA) der BaFin zum Geldwäschegesetz, die ab dem 1. Februar 2025 anzuwenden waren. Der Fokus liegt auf strengeren risikobasierten Ansätzen, neuen Pflichten bei Krypto-Transaktionen, verstärkten Prüfungen der IT-Systeme und einer ab Oktober 2025 durchzuführenden Empfängerüberprüfung bei Überweisungen. Zum 1. Juli 2025 hat die neue europäische Anti-Geldwäsche-Behörde, Anti-Money Laundering Authority (AMLA), ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie soll künftig für eine effizientere und besser koordinierte Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sorgen.

2. Bedeutsamste finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, stellen unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

Kennzahlen
Gesamtkapitalquote nach CRR ¹
Kernkapitalquote nach CRR ²
Betriebsergebnis vor Bewertung ³
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung (ohne Effekte aus latenten Steuern) ⁴
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR ⁵
Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) nach CRR ⁶
NPL-Quote gemäß DSGVO-Risikomonitoring ⁷

¹ Gesamtkapitalquote nach CRR =

Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

² Kernkapitalquote nach CRR =

Verhältnis des Kernkapitals bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

³ Betriebsergebnis vor Bewertung =

Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

⁴ Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung =

Zuführung zu den Reserven nach §§ 340f und 340g HGB, Jahresüberschuss sowie ggfs. Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage (unter Herausrechnung der Veränderung der bilanzierten latenten Steuern)

⁵ Liquiditätsdeckungsquote (LCR) nach CRR =

Verhältnis des Bestands an erstklassigen liquiden Aktiva zum gesamten Nettoabfluss von Barmitteln in den nächsten 30 Kalendertagen

⁶ Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) nach CRR =

Verhältnis der – über einen Zeithorizont von einem Jahr – verfügbaren stabilen Refinanzierung zum erforderlichen Betrag an stabiler Refinanzierung

⁷ NPL-Quote gemäß DSGVO-Risikomonitoring

Verhältnis der notleidenden Darlehen und Kredite sowie außerbilanziellen Positionen zum Gesamtbestand der entsprechenden Positionen

Erstmals wurde mit der Kennzahl „Externe Mitarbeiterfluktuation (in %)“ auch ein bedeutsamster nichtfinanzieller Leistungsindikator festgelegt. Die Kennzahl stellt das Verhältnis der Mitarbeiterabgänge eines Jahres zur Gesamtzahl der zu Jahresbeginn aktiv bankspezifisch Beschäftigten dar.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Bestandszahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2025	31.12.2024	Veränderung	Veränderung	Anteil an der Bilanzsumme
	Mio. EUR	Mio. EUR	in Mio. EUR	in %	in %
Bilanzsumme	2.997,1	3.022,2	-25,1	-0,8	100,0
Geschäftsvolumen ¹	3.021,1	3.047,6	-26,5	-0,9	100,8
Barreserve	47,9	53,9	-6,0	-11,1	1,6
Forderungen an Kreditinstitute	478,3	526,6	-48,3	-9,2	16
Forderungen an Kunden / Kundenkreditvolumen ²	2.170,4	2.147,7	22,7	1,1	72,4
Wertpapieranlagen	208,1	205,9	2,2	1,1	6,9
Beteiligungen / Anteilsbesitz	43,6	39,7	3,9	9,8	1,5
Sachanlagen	31,2	31,4	-0,2	-0,6	1,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	248,6	331,6	-83,0	-25,0	8,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.461,2	2.407,9	53,3	2,2	82,1
Eigenkapital	143,6	141,5	2,1	1,5	4,8

¹ Geschäftsvolumen: Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

² Kundenkreditvolumen: Aktiva 4

Die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2025 war geprägt von Veränderungen in der Refinanzierungsstruktur und den damit verbundenen Auswirkungen. Hervorzuheben sind dabei insbesondere folgende Aspekte, auf die wir im weiteren Verlauf näher eingehen:

- Deutlicher Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- Veränderungen der Höhe sowie der Struktur der Kundeneinlagen
- Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute als Folge der Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Darüber hinaus kam es zu einem moderaten Anstieg des Kundenkreditvolumens.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen haben sich im Jahr 2025 – nach einem deutlichen Anstieg im Vorjahr – um -25,1 Mio. EUR bzw. -26,5 Mio. EUR (= -0,8 % bzw. -0,9 %) leicht rückläufig ent-

wickelt. Ursächlich für diese Entwicklung war ein deutlicher Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, der den Anstieg der Kundenverbindlichkeiten übertraf. Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines moderaten Rückgangs der Bilanzsumme ist somit eingetreten.

i. Aktivgeschäft

Forderungen an Kunden / Kundenkreditvolumen

Die Kreditnachfrage hat sich im Jahr 2025 in allen Segmenten (private Wohnungsbaufinanzierungen, gewerbliches Kreditgeschäft sowie Finanzierungen von öffentlichen Kreditnehmern) positiv entwickelt. Der größte Anstieg ergab sich hierbei im Bereich der öffentlichen Finanzierungen.

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4) verzeichneten im Jahr 2025 insgesamt einen leichten Anstieg um 22,7 Mio. EUR (= 1,1 %). Gleichzeitig kam es zu einer leichten Reduzierung der Treuhandkredite (Aktiva 9) um 1,5 Mio. EUR. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung eines leichten Rückgangs im Kundenkreditgeschäft wurde damit übertroffen.

Zum Anstieg der Kundenforderungen beigetragen haben sowohl der Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen als auch die Forderungen gegenüber öffentlichen Kreditnehmern. Im Bereich des gewerblichen Kreditgeschäfts war aufgrund der Ablösung eines Großengagements hingegen insgesamt ein moderater Rückgang zu verzeichnen. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft ist damit im Bereich der privaten Wohnungsbaukredite eingetreten, während die Prognose eines deutlichen Rückgangs im Kreditgeschäft mit öffentlichen Kreditnehmern nicht eingetreten ist sowie die Prognose einer moderaten Geschäftsausweitung im Bereich der gewerblichen Finanzierungen verfehlt wurde.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich dabei im Wesentlichen im langfristigen Bereich.

Die Darlehenszusagen beliefen sich – ohne Berücksichtigung der o. g. Treuhandkredite – im Jahr 2025 insgesamt auf 337,1 Mio. EUR und lagen damit, getrieben durch den Anstieg der Zusagen an öffentliche Kreditnehmer, um 36,8 % über dem Wert des Vorjahres. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verringerten sich im Gesamtjahr hingegen – trotz eines leicht über dem Vorjahresniveau liegenden Vermittlergeschäftes – um 5,5 % auf 146,5 Mio. EUR.

Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute und Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag hat sich die Barreserve gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Mio. EUR (= -11,1 %) reduziert. Gleichzeitig erhöhte sich der Bestand an Wertpapieranlagen (Aktiva 5 und 6) leicht um 2,2 Mio. EUR (= 1,1 %) auf 208,1 Mio. EUR.

Die Forderungen an Kreditinstituten haben sich hingegen deutlich um 48,3 Mio. EUR (= -9,2 %) reduziert. Haupttreiber hierfür war eine niedrigere Nutzung der Einlagenfazilität bei der Deutschen Bundesbank, bei der Einlagen bis zum nächsten Tag angelegt und als Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen werden. Insgesamt setzt sich der Bestand hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und kurzfristigen Geldanlagen zusammen.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2025 stieg das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen um 3,9 Mio. EUR auf 43,6 Mio. EUR.

Die Veränderung ergab sich u. a. aus einer Zuschreibung bei der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG ("Sondervermögen Berlin") i. H. v. 0,8 Mio. EUR sowie einer Erhöhung der Beteiligung an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG i. H. v. 0,5 Mio. EUR. Letztgenannte resultiert aus der zweiten Stufe der Kapitalerhöhung auf Ebene der RSL im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Kapitalerhöhung der Deutschen Leasing. Aus der im Jahr 2025 durchgeführten turnusmäßigen Überprüfung und Anpassung der Kapitalanteile der einzelnen Sparkassen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband ergab sich eine Erhöhung des Anteils der Stadtsparkasse Oberhausen um 2,8 Mio. EUR. Demgegenüber war bei einer weiteren Beteiligung eine Wertberichtigung um 0,2 Mio. EUR erforderlich.

Sachanlagen

Die Sachanlagen reduzierten sich insgesamt von 31,4 Mio. EUR auf 31,2 Mio. EUR. Den planmäßig vorzunehmenden Abschreibungen standen dabei Aktivierungen im Zusammenhang mit dem Umbau der ehemaligen Kantine im Hauptstellengebäude der Sparkasse gegenüber.

ii. Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich – analog zur im Vorjahr getroffenen Prognose – aufgrund von Fälligkeiten im Bereich der Weiterleitungsdarlehen deutlich um 83 Mio. EUR bzw. 25 % auf 248,6 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 53,3 Mio. EUR bzw. 2,2 % (Vorjahr: 7,1 %) auf 2.461,2 Mio. EUR. Ursächlich hierfür war ein spürbarer Anstieg der Einlagen von Privatpersonen.

Vor dem Hintergrund der unsicheren weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bevorzugten unsere Kunden weiterhin liquide Anlageformen. Die täglich fälligen Einlagen machen nunmehr 54,8 % unserer Bilanzsumme aus. Die Spareinlagen haben sich im Jahr 2025 nochmals um 30,7 Mio. EUR bzw. 5,3 % reduziert. Im Gegenzug kam es zu einer Erhöhung der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfristen um 14,5 Mio. EUR bzw. 5,7 %. Die im Vorjahr ausgesprochenen Erwartungen eines spürbaren, gegenüber dem Vorjahr allerdings deutlich abgeschwächten Anstiegs der Einlagenbestände sowie von weiteren Bestandsverschiebungen innerhalb der Einlagenbestände sind somit eingetreten.

iii. Dienstleistungsgeschäft

Das Geschäftsjahr 2025 war im Bereich der Dienstleistungen insbesondere geprägt durch das Wertpapier- sowie das Konsumentenkreditgeschäft.

Im Bereich der Konsumentenkredite konnte ein Anstieg des Vermittlungsvolumens um 0,3 Mio. EUR bzw. 1,5 % verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung eines leichten Anstiegs im Jahr 2025 ist somit eingetreten.

Die Wertpapierumsätze haben sich gegenüber dem Vorjahr massiv auf einen Wert von 484,0 Mio. EUR erhöht und damit den Vorjahresumsatz mehr als verdoppelt (+ 102,5 %). Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines spürbaren Anstiegs der Bruttoabsätze im Wertpapiergeschäft wurde damit sogar noch übertroffen. Getrieben wurde diese Entwicklung allerdings auch von nennenswerten Aktienumsätzen eines Großkunden. Diese führten auch zu einer deutlichen Veränderung in der Struktur der Wertpapierumsätze. Während leicht reduzierte Umsätze bei den Anteilen an Investmentfondsvermögen sowie eine Umsatzausweitung bei den festverzinslichen Wertpapieren von knapp 12 % zu verzeichnen waren, ergaben sich bei Aktien massiv erhöhte Umsätze mit einem Wachstum von über 700 %.

iv. Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen. Der Anstieg der beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag ist maßgeblich durch das im Jahr 2025 tendenziell gestiegene Zinsniveau begründet.

v. Personal

Analog zum Vorjahr beliefen sich die externen Abgänge von Mitarbeitenden auch im Jahr 2025 auf einem niedrigeren Niveau. Die als bedeutsamster nichtfinanzieller Leistungsindikator festgelegte Kennzahl der externen Mitarbeiterfluktuation belief sich für das Gesamtjahr auf 3,3 % (Vorjahr: 2,6 %) und damit unterhalb des Zielwertes von 4,0 %.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1 Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage beträgt 138,5 Mio. EUR. Sie erhöhte sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2024 um 2,0 Mio. EUR. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2025 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 143,6 Mio. EUR aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 9,2 Mio. EUR auf 96,0 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge in Höhe von 7,9 Mio. EUR zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt; im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2025.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Vermögenslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2025	2024
Gesamtkapitalquote nach CRR (%)	17,7 %	16,7 %
Kernkapitalquote nach CRR (%)	16,6 %	15,6 %
NPL-Quote	1,25 %	0,94 %

Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2025 17,7 % (Vorjahr 16,7 %) und übertrifft damit die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischem Kapitalpuffer von 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte und Systemrisikopuffer von 1,00 % für den Wohnimmobiliensektor). Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2025 betragen 1.310,1 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 231,9 Mio. EUR.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf 16,6 % der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR (im Vorjahr: 15,6 %).

Da sich die anrechnungspflichtigen Positionen nicht so stark wie prognostiziert erhöht haben, wurde die im Vorjahr getroffene Erwartung eines moderaten Anstiegs der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote damit übertroffen.

Die NPL-Quote als Verhältnis der notleidenden Kredite, Darlehen und außerbilanzielle Positionen zum Gesamtbestand der entsprechenden Positionen beläuft sich per Ende 2025 auf 1,25 % und hat sich damit – entgegen der im Vorjahr prognostizierten Seitwärtsentwicklung – gegenüber dem Vorjahresende um 0,31 %-Punkte erhöht.

Die Verschuldungsquote gemäß Artikel 429 CRR (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2025 7,24 % (im Vorjahr: 6,56 %) und liegt damit deutlich über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %. Der Anstieg der Verschuldungsquote ist hierbei annähernd so stark ausgefallen wie im Vorjahr prognostiziert.

Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2030 ist auch weiterhin eine Übererfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie zu erwarten.

4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) hat sich im Jahr 2025 wie folgt entwickelt:

	2025	2024
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR (%)	207 %	198 %

Die LCR lag im Jahr 2025 mit 182 % bis 207 % deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung ist damit eingetreten. Zum 31. Dezember 2025 belief sich die LCR-Quote auf 207 %.

Die ebenfalls als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR), die als Ergänzung zur kurzfristig ausgelegten LCR beurteilen soll, inwiefern die Sparkasse ihre Zahlungsfähigkeit innerhalb der nächsten 12 Monate aufrechterhalten kann, hat sich im Jahr 2025 wie folgt entwickelt:

	2025	2024
Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) nach CRR (%)	138 %	145 %

Die NSFR lag im Jahr 2025 in einer Bandbreite von 135 % bis 142 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung einer Seitwärtsentwicklung, die damit weiterhin spürbar oberhalb der aufsichtlichen Mindestquote von 100 % liegen würde, wurde damit erfüllt.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Dispositionslinien bestehen darüber hinaus u. a. bei der Landesbank Hessen-Thüringen. Diese wurden seitens der Sparkasse im Laufe des Jahres 2025 allerdings nicht in Anspruch genommen.

Die Sparkasse nahm 2025 am elektronischen Verfahren „MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims)“ der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teil. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2025 hingegen nicht genutzt.

Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als stabil.

4.3 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	31.12.2025	31.12.2024	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Zinsüberschuss ¹	54,2	58,6	-4,4	-7,5
Provisionsüberschuss ²	29,9	28,2	1,7	6,0
Sonstige betriebliche Erträge	3,8	6,5	-2,7	-41,5
Personalaufwand	37,3	36,7	0,6	1,6
Anderer Verwaltungsaufwand	20,5	19,8	0,7	3,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen ³	4,4	4,7	-0,3	-6,4
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	25,7	32,2	-6,5	-20,2
Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge ⁴	-4,2	0,6	-4,8	-753,2
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	9,2	17,2	-8,0	-46,5
Ergebnis vor Steuern	12,3	15,7	-3,4	-21,9
Steueraufwand	7,2	10,7	-3,5	-32,7
Jahresüberschuss	5,1	5,0	0,1	2,0

¹ Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4

² Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6

³ Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12 und 17

⁴ Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Ertragslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2025	2024
Betriebsergebnis vor Bewertung in Mio. EUR	27,6	32,9
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung in Mio. EUR	10,6	19,6

Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag mit 27,6 Mio. EUR um 5,3 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Ursächlich für diese Entwicklung waren steigende Sachaufwendungen sowie insbesondere ein rückläufiger Zinsüberschuss, der nur teilweise durch den Anstieg des Provisionsüberschusses kompensiert werden konnte. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung einer spürbar sinkenden ordentlichen Ergebnissituation ist somit eingetreten.

Das Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung – ohne Effekte aus latenten Steuern – belief sich im Vorjahr auf 19,6 Mio. EUR. Vor der noch ausstehenden Entscheidung der Vertretung des Trägers über die Verwendung des Jahresüberschusses beläuft sich der Wert im Geschäftsjahr mit 10,6 Mio. EUR auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Die im Vorjahr prognostizierte Erwirtschaftung eines spürbar geringeren Jahresergebnisses hat sich damit bestätigt.

Auf Basis der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich die einzelnen Komponenten wie folgt entwickelt:

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss als Summe der GuV-Posten Nr. 1 bis 4 spürbar um 7,5 % auf 54,2 Mio. EUR reduziert. Ursächlich für die Reduzierung des Zinsüberschusses war eine marktzinsbedingte spürbare Verschlechterung des Zinsergebnisses aus Swapvereinbarungen. Demgegenüber leisteten steigende Darlehenszinsen sowie ein Rückgang der Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen einen positiven Beitrag zum Zinsüberschuss. Auf Basis der Zahlen des Betriebsvergleiches der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich der Zinsüberschuss um 8,3 % reduziert. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung eines spürbaren Rückgangs des Zinsüberschusses hat sich somit bestätigt.

Entgegen unserer Vorjahreseinschätzung eines nur moderaten Anstiegs beim Provisionsergebnis konnten wir in diesem Ertragsfeld eine spürbare Steigerung erreichen. So konnte der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. EUR bzw. 6,0 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür sind in erster Linie Steigerungen des Provisionsertrages aus dem Zahlungsverkehr sowie aus dem Wertpapiergeschäft mit Kunden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich hingegen deutlich um 41,5 % auf 3,8 Mio. EUR. Haupttreiber hierfür waren die im Vorjahr enthaltenen Auflösungen von Rückstellungen infolge des Todes eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes.

Der Personalaufwand stieg um 1,6 % auf 37,3 Mio. EUR und damit nicht so stark wie im Vorjahr prognostiziert. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der Belastung aus der zum 01. April 2025 in Kraft getretenen Tarifierhöhung.

Auch der Anstieg bei den anderen Verwaltungsaufwendungen fiel mit einem Plus von 0,7 Mio. EUR bzw. 3,5 % geringer aus als erwartet. Für den Aufbau des Zusatzfonds i. R. des Sparkassen-Teilfonds (vgl. Ausführungen unter 1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit) wurden in 2025 ein weiterer Betrag in Höhe von 0,8 Mio. EUR geleistet. Die Zahlung erfolgte in voller Höhe zu Lasten des Verwaltungsaufwands.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Summe der GuV-Posten 11, 12 und 17 reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Mio. EUR auf 4,4 Mio. EUR.

Das saldierte Ergebnis aus der Bewertung und Risikovorsorge (GuV-Posten Nr. 13 bis 16) weist – nach einem Ertrag von 0,6 Mio. EUR im Vorjahr – im Jahr 2025 einen Aufwand in Höhe von 4,2 Mio. EUR auf. Als Folge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergab sich aus dem Kreditgeschäft ein negatives Bewertungsergebnis, welches auch oberhalb der im Vorjahr ausgesprochenen Prognose lag. Demgegenüber stellte sich das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen erwartungsgemäß leicht positiv dar. Darüber hinaus konnte – entgegen der Vorjahresprognose – bei den Beteiligungen ebenfalls ein positives Bewertungsergebnis erzielt werden.

Lagebericht für das Jahr 2025

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurde deutlich um 9,2 Mio. EUR aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2025 war ein um 3,5 Mio. EUR auf 7,2 Mio. EUR gesunkener Steueraufwand auszuweisen. Hierin enthalten ist auch ein Aufwand von 0,2 Mio. EUR aus der Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses i. H. v. 5,1 Mio. EUR.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2025 0,17 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die Geschäftsentwicklung als zufriedenstellend. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2025 formulierten Ziele bzw. Planungen im Wesentlichen erreicht werden konnten.

Auch wenn das Betriebsergebnis vor Bewertung des Vorjahres aufgrund der Zinsentwicklung erwartungsgemäß nicht mehr erreicht werden konnte, ist der Vorstand mit der Ertragsentwicklung des Jahres 2025 insgesamt zufrieden. Dabei hat sich das Ergebnis aufgrund deutlich unter Plan liegender Sach- und Personalaufwendungen besser als prognostiziert entwickelt.

Auch die nochmals spürbare Stärkung unseres wirtschaftlichen Eigenkapitals hat die im Vorjahr prognostizierte Entwicklung übertroffen.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2025 haben sich nicht ergeben.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (ökonomische Perspektive) und einer Kapitalplanung (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken berücksichtigt.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht die Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“, welches u. a. durch die Begrenzung von Kreditrisiken sowie eine konservative Vermögensanlage gekennzeichnet ist.

Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Lagebericht für das Jahr 2025

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Auf Basis des ermittelten ökonomischen Risikodeckungspotenzials hat der Vorstand ein Gesamtlimit abgeleitet und so auf die wesentlichen Risiken verteilt, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Die bereitgestellten Limite reichten in Summe sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des Gesamtrisikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Adressenrisikos zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft und innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads und Aktien risikomindernde Diversifikationseffekte.

Die prozentualen Anteile der Risiken sowie der Limite am Risikodeckungspotenzial stellen sich zum 31. Dezember 2025 wie folgt dar:

	Anteile am Risikodeckungspotenzial in %	
Risikoart	Risiken	Limite
Adressenrisiko	5,2	7,4
Marktpreisrisiko	22,3	24,2
Beteiligungsrisiko	2,8	2,8
Liquiditätsrisiko	5,4	11,7
Operationelles Risiko	5,4	7,1
SUMME	41,1	53,2

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko in der Risikotragfähigkeitsberechnung nicht berücksichtigt werden kann, erfolgt die Betrachtung im Wesentlichen über die tägliche Liquiditätsdisposition, die monatliche LCR, eine vierteljährliche Ermittlung der Überlebensperiode und die Liquiditätsübersicht sowie die Erstellung eines Refinanzierungsplans.

Die zuständige Abteilung steuert die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2030. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, werden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Entgegen dem Planszenario wird das adverse Szenario entsprechend der aufsichtlichen Mindestanforderung für drei Jahre simuliert. Auch im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind, werden diese vollständig erfüllt.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (Validierung).

Die Sparkasse setzt zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Daneben ist die Sparkasse an zwei Kreditbasket-Transaktionen der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Die hieraus resultierenden Kreditderivate werden grundsätzlich sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber gehalten. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps. Die per 31.12.2025 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen.

Die turnusmäßige Berichterstattung an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht. Die Berichterstattung zur Geschäftslage ist in den Gesamtrisikobericht integriert. Der Bericht enthält neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) zählen neben den eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der sog. Besonderen Funktionen (Risikocontrolling-Funktion, Compliance-Funktion und Interne Revision).

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neuprodukt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung wesentlicher geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität bestehen Definitionen und Regelungen.

2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

2.1 Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko z. B. durch einen Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- bzw. Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Der Value-at-Risk wird in der ökonomischen Perspektive über eine Monte-Carlo-Simulation in der Anwendung Credit Portfolio View (CPV) ermittelt. Dabei wird die Wertentwicklung der einzelnen Geschäfte in einem jeweils spezifischen ökonomischen Umfeld simuliert. Zur Bewertung werden neben den Portfoliodaten der Sparkasse Risikoparameter (z. B. Ausfallzeitreihen, Korrelationen, Migrations- und Shiftmatrizen, Verwertungs-, Neubewertungs- und Einbringungsquoten) verwendet, die aus historischen Daten aller Sparkassen ermittelt wurden. Die Risikomessung von Kunden- und Eigengeschäft erfolgt integriert (Diversifikationseffekte).

Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, zur Vermeidung von Risikokonzentrationen. Einzelfälle, die diese Grenzen überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive mit der IT-Anwendung „GBS“
- Einsatz von Sicherungsinstrumenten zur Reduzierung vorhandener Risikokonzentrationen
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in drei große Gruppen: Das Unternehmenskunden-, das Privatkunden- sowie das Kommunalkreditgeschäft.

Lagebericht für das Jahr 2025

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchforderungen	
	31.12.2025 Mio. EUR	31.12.2024 Mio. EUR
Unternehmenskreditkredite	829	845
Privatkundenkredite	914	892
Kommunalkredite	465	448
Sonstige Kredite ¹	32	35
Gesamt	2.240	2.220

¹ Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie an ausländische Nichtbanken

Zum 31. Dezember 2025 wurden etwa 37 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 41 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen sowie 21 % an inländische öffentliche Haushalte. Damit weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an gewerblichen Kreditnehmern auf.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die mit einem Anteil von 31,5 % mit Abstand größte (Ober-) Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Darüber hinaus entfallen 10,1 % auf Ausleihungen an Unternehmen im Kredit- und Versicherungswesen sowie 7,7 % auf Ausleihungen an Unternehmen der Branche Gastgewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 62,3 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 5,0 Mio. EUR. Der Anteil der Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5,0 Mio. EUR, der sich per 31.12.2025 auf insgesamt 39 Kreditnehmer verteilt, wird maßgeblich durch den vergleichsweise hohen Anteil von Ausleihungen an inländische öffentliche Haushalte beeinflusst.

Die Kredit-Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Hierdurch ergibt sich zum 31. Dezember 2025 folgende Ratingklassenstruktur im Kundengeschäft:

Lagebericht für das Jahr 2025

Ratingklasse	31.12.2025 Volumen in %	31.12.2024 Volumen in %
1 bis 9	94,3	93,7
10 bis 15	4,1	5,1
16 bis 18	1,6	1,2

Für die Sparkasse stellt das Länderrisiko kein wesentliches Risiko dar. Zum einen ist der Anteil der Kundenkreditforderungen außerhalb Deutschlands an den gesamten Forderungen marginal. Zum anderen haben die Emittenten der erworbenen Unternehmensanleihen ihren Sitz überwiegend in der Eurozone.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten sowie hinsichtlich der Größenklassenstruktur.

Insgesamt sind wir dennoch der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Zur Absicherung von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse einen Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von 1,8 Mio. EUR in den Sparkassen-Kreditbasket (über die Emission von einer Originatoren-Credit Linked Note) eingebracht.

Risikovororgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovororgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir angemessene Pauschalwertberichtigungen gebildet. Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigungen ist im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2025 weist mit einem Bewertungsergebnis Kredit von -4,9 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung auf. Davon entfallen 81,0 % auf eine Einzelwertberichtigung und Rückstellungsbildung für einen Kreditnehmer. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft wurde im Jahr 2025 durchgängig eingehalten.

Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann. Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten

abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand externer Ratingeinstufungen sowie weiterer öffentlich zugänglicher Informationen
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive mit der IT-Anwendung „GBS“

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 207,4 Mio. EUR (Vorjahr: 205,6 Mio. EUR). Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (69,7 Mio. EUR), Wertpapierspezialfonds (73,4 Mio. EUR), Immobilienspezialfonds (17,9 Mio. EUR), Aktienanlagen (7,6 Mio. EUR) und sonstige Investmentfonds (38,8 Mio. EUR). Als Folge der in der Sparkasse festgelegten Anlagerestriktionen ist die Struktur der Eigenanlagen geprägt durch öffentliche Anleihen, gedeckte Schuldverschreibungen sowie durch Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten und Unternehmensanleihen.

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Schuldverschreibungen und Anleihen verfügen – mit Ausnahme der im Rahmen der Sparkassen-Kreditbaskets erworbenen Initiatoren-Credit Linked Notes – über ein Rating im Bereich des Investmentgrades. Bei den Anteilen am Wertpapierspezialfonds sowie den sonstigen Investmentfonds wird der Anteil der Positionen mit Ratings unterhalb des Investmentgrades durch die festgelegten Volumenslimite für die einzelnen Assetklassen sowie bei dem Wertpapierspezialfonds zusätzlich durch die definierte Wertuntergrenze begrenzt.

Es existieren keine wesentlichen Konzentrationen hinsichtlich der Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Eine separate Limitierung des Adressenrisikos aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2025 nicht. Dieses wurde gemeinsam mit den Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft zusammengefasst, deren Risikolimit in 2025 durchgängig eingehalten wurde.

2.2 Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread-, das Aktienkurs- und das Immobilienrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategien unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds.

Das festgelegte Limit für Marktpreisrisiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2025 eingehalten.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve und der Tenor- bzw. Forwardkurve ergibt. Bestandteile des Zinsänderungsrisikos sind das Fristentransformations- und das Basisrisiko.

Das Fristentransformationsrisiko entsteht aus der Fristentransformation der Geschäfte und der Veränderung der Zinskurve. Bei der Veränderung kann es sich z. B. um eine parallele Verschiebung oder eine Drehung handeln, d. h. die Kurve wird flacher oder steiler. Die Veränderung kann sich auf die gesamte Kurve auswirken oder auf Teile davon.

Das Basisrisiko entsteht, wenn sich die Zinssätze an den identischen (oder annähernd gleichen) Stützstellen unterschiedlicher Zinskurven unterschiedlich entwickeln.

In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendungen „MPR“ und „GBS“. Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Der VaR wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts), wobei die Höhe des maximalen Risikos bei Eintritt des aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsschocks von +/- 200 Basispunkten durch die Einhaltung der Obergrenze von 2,75 % der Risikoaktiva determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Geschäfte. Darüber hinaus wird die Kennzahl „Zinsbuchhebel“ betrachtet.
- Ermittlung der wertorientierten Perspektive (SOT EVE, Supervisory Outlier Test Economic Value of Equity) und ertragsorientierten Perspektive (SOT NII, Supervisory Outlier Test Net Interest Income)
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Zins-swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Die Sparkasse berechnet in der wertorientierten Perspektive die aufsichtlichen sechs IRRBB-Szenarien (Interest Rate Risk in the Banking Book). Die Barwertveränderungen zum 31. Dezember 2025 bewegen sich gemäß dem aggregierten Bogen J 01.00 CTOTL zwischen -28,0 Mio. EUR bzw. -12,9 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und +12,1 Mio. EUR bzw. 5,6 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

In der ertragsorientierten Perspektive, in der der Nettozinsertrag aus den beiden Zinsschockszenarien von + bzw. -200 Basispunkte mit einem Basisszenario gleichbleibender Zinsen verglichen wird, ergeben sich zum 31. Dezember 2025 Auswirkungen in Höhe von -6,9 Mio. EUR bzw. -3,2 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und +3,4 Mio. EUR bzw. 1,6 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

Konzentrationen bestehen bei den Zinsänderungsrisiken in folgenden Bereichen:

- Laufzeitstruktur des Zinsbuches hinsichtlich möglicher Konzentrationen oder Ungleichverteilungen des Cashflows auf einzelne Laufzeitbänder.
- Anteil des Strukturbeitrages (= Ergebnis aus der Fristentransformation) am Zinsüberschuss

Um diese Konzentrationen zu begrenzen, werden Steuerungsmaßnahmen zur Anpassung bzw. Aussteuerung von Cashflow-Überhängen abgeschlossen, um die angestrebte Benchmarkstruktur mit einem entsprechenden Hebel zu erreichen.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads (Marktkreditspread, Marktliquiditätsspread) bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Szenarioberechnungen für Spreadveränderungen auf Basis von Spreadklassen mittels der IT-Anwendung „GBS“
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Normative und ökonomische Sensitivitätsanalysen zu Spreadveränderungen mittels der IT-Anwendungen „RKR“ und „GBS“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Eine Risikokonzentration besteht in der Höhe des Spreadrisikos. Dies ist auf die vorliegende Depot A-Struktur zurückzuführen, die zu 29,3 % in ungedeckte Titel (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen) investiert ist und somit entsprechend auf Creditspreadausweitungen reagieren würde. Die Sparkasse hat Volumenlimite für die unterschiedlichen Assetklassen und Emittenten/Kontrahenten festgelegt, um eine Risikostreuung zu erzielen.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

In der normativen Perspektive umfasst das Aktienrisiko darüber hinaus das Risiko, dass Dividendenerträge nicht in der erwarteten Höhe erzielt werden können.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Szenarioberechnungen mittels der IT-Anwendungen „SCD“ in Verbindung mit „GBS“

- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Der sukzessive Aufbau eines Aktienbestandes über den regelmäßigen Kauf eines ETF wurde in 2025 fortgeführt. Per 31.12.2025 beträgt das Volumen 5,7 Mio. EUR. Zudem wurden im Rahmen der Liquidation einer Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2019 entsprechende Aktien von der Beteiligungsgesellschaft an die Sparkasse ausgekehrt und in den Direktbestand übernommen (Buchwert per 31.12.2025 1,8 Mio. EUR).

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften).

In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Immobilieninvestitionen unter Renditegesichtspunkten erfolgen primär über die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten.

Weitere Immobilieninvestitionen erfolgen über vier Immobilienfonds mit einem Gesamtzeichnungsvolumen in Höhe von 19,2 Mio. EUR, die per 31.12.2025 in voller Höhe abgerufen wurden.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung und normative Perspektive: Szenarioberechnungen mittels der IT-Anwendung „GBS“
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Normal-Ansatz) mittels der von der SR bereitgestellten IT-Anwendung „caballito“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar.

2.3 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive basiert auf dem Liquiditätsbarwert.

In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung, Überwachung und Prognose der Liquiditätsdeckungsquote (LCR)
- Regelmäßige Ermittlung, Überwachung und Prognose der strukturellen Liquiditätsquote (NSFR)
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „SVP-Rechner“
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Normal-Ansatz) mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „RKR“
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird.

Die Survival Period der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2025 14 Monate.

Konzentrationen bestehen bei dem Liquiditätsrisiko in folgenden Bereichen:

- Hoher Anteil von lediglich kurzfristig gebundenen Bilanzpassiva als Hauptrefinanzierungsquelle
- Existenz hoher Einzelkundeneinlagen
- Volumen der Wertpapiereigenanlagen in ungedeckten Finanzinstrumenten (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen), die bei Bedarf ggf. schwieriger zu liquidieren sind
- Längerfristige Stützstellen (6, 8 & 10 Jahre) zur Abbildung des Refinanzierungskostenrisikos

Zur Begrenzung dieser Konzentrationen erfolgt zum einen eine regelmäßige Auswertung über die Größenklassenstruktur der Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungskostenrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen hat die Sparkasse die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Nutzung einer Refinanzierung über das sogenannten Pfandbrief-Pooling mit der Landesbank Baden-Württemberg geschaffen. Des Weiteren hat die Sparkasse in ihrer Organisationsrichtlinie für Wertpapiereigenanlagen höhere Volumenslimite für gedeckte Schuldverschreibungen, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Das festgelegte Limit für das Liquiditäts-/Refinanzierungskostenrisiko wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2025 durchgängig eingehalten.

2.4 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien“
- Systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Abbildung im Plan- und adversen Szenario
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine wesentlichen Konzentrationen identifiziert.

Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2025 durchgängig eingehalten.

2.5 Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine negative Wertänderung einer Beteiligung.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes für die Verbundbeteiligungen
- In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung auf Basis einer Szenarioanalyse berücksichtigt.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente zum 31. Dezember 2025:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert Mio. EUR
Strategische Beteiligungen	36,6
Funktionsbeteiligungen	0,5
Kapitalbeteiligungen	6,5

Das Beteiligungsportfolio besteht vorwiegend aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, die zur Förderung des Geschäftsgebietes sowie unter Renditegesichtspunkten gehalten werden. Hierzu gehört insbesondere die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten.

Eine Konzentration besteht im Beteiligungsportfolio insbesondere aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen. Eine faktische Begrenzung dieser Konzentrationen ist kaum möglich.

Das festgelegte Limit für das Beteiligungsrisiko wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2025 durchgängig eingehalten.

3. Chancenbericht

Die Chancen für unsere geschäftliche Entwicklung sind eng mit der Entwicklung des geopolitischen und wirtschaftlichen Umfelds weltweit, national sowie in Oberhausen verknüpft. Sofern sich dieses positiv entwickelt, erwarten wir auch eine Ausweitung der Nachfrage nach Krediten für den Wohnungsbau sowie eine steigende Investitionsbereitschaft von Unternehmen. Dies würde sich positiv auf unseren Zinsüberschuss auswirken.

Die Chance auf eine Stabilisierung bzw. Steigerung unserer Ertragskraft wollen wir nutzen, indem wir künftig unser Geschäft mit privaten und gewerblichen Kunden mit zusätzlichen Produkten und Dienstleistungen rund um das Thema „Nachhaltigkeit“ ausbauen. Chancen sehen wir hierbei auch in den notwendigen Transformationsfinanzierungen hin zu einer nachhaltigen und CO2-armen Wirtschaft und Energienutzung.

Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren. Hierüber sollen sich positive Effekte auf die Personal- und Sachkosten ergeben.

Aus der mittlerweile wieder eingetretenen Normalisierung der Zinskurve bieten sich zudem Chancen, Erträge aus Fristentransformation zu generieren.

Im Wertpapierbereich wollen wir unseren Marktanteil mit einem neuen bzw. angepassten Angebot steigern.

Darüber hinaus wollen wir Chancen nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik die digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen.

4. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2025 bewegten sich die Risiken innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Limitanpassungen ergaben sich zu den Stichtagen 30.06.2025 und 31.12.2025. Zur Verbesserung des Zinsergebnisses hat die Sparkasse ihre Eigenanlagen optimiert sowie weitere Ausweitungen ihres Kreditgeschäftes vorgenommen. Hierfür wurden Umschichtungen der bestehenden Limite vorgenommen, um hierfür ein entsprechend höheres Marktpreisrisikolimit bereitstellen zu können (+6,5 %). Zudem wurde infolge von Bestandsveränderungen sowie Bewertungsmaßnahmen zum Jahresende eine Erhöhung des Risikolimits für das Beteiligungsrisiko erforderlich (+5,6 %). Diese Anpassungen erfolgten durch Umschichtungen von Limitfreiräumen in anderen Risikoarten. Eine Ausweitung des Gesamtbanklimits wurde im Jahresverlauf nicht vorgenommen.

Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 77,3 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere

- in einer für die Ertragslage ungünstigen Zinsentwicklung,
- durch steigende Kreditausfälle im Fall einer sich weiter eintrübenden Konjunktur,
- aufgrund der zu beobachtenden wachsenden Bedrohung im Bereich der Cyber-Kriminalität,
- hinsichtlich der zunehmenden regulatorischen Anforderungen wie auch
- bezüglich der steigenden Eigenkapitalanforderungen.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung ist allerdings sowohl bei den bestehenden als auch unter Berücksichtigung der erwarteten, aufsichtsrechtlich tendenziell weiter steigenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Alle Angaben in diesem Prognosebericht basieren auf den Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanungen im Rahmen unserer internen Planungs- und Risikomanagementverfahren.

1. Ausblick 2026

Der inzwischen seit vier Jahren andauernde Krieg in der Ukraine sowie anhaltende Unsicherheiten über die Handelspolitik der USA prägen den gesamtwirtschaftlichen Ausblick weiterhin. Die militärische Eskalation im Iran birgt zusätzliche Risiken. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft – insbesondere über Ölpreise, Handelsrouten wie die Straße von Hormus und globale Wertschöpfungsketten – hängen dabei stark vom weiteren Verlauf und Ausmaß des Konflikts ab. In die Prognosen, auf denen die folgenden Aussagen beruhen, sind die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten noch nicht eingeflossen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ging vor Beginn des Iran-Konflikts von einem ähnlichen Wachstum der Weltwirtschaft wie im Vorjahr aus (+3,3 %). Für 2027 erwartet der IWF eine Zunahme der Weltproduktion von 3,2 %. Der Welthandel dürfte sich nach Einschätzung des IWF im laufenden Jahr abschwächen (+2,6 % nach +4,1 % im Jahr 2025). Ein Belastungsfaktor ist der dämpfende Effekt höherer Zölle, der sich 2026 erstmals über ein volles Jahr hinweg auswirken dürfte.

Für Deutschland fällt der Ausblick verhalten aus. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten keinen nachhaltigen, sich selbst tragenden Aufschwung. Ihre Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2026 bewegen sich in einer Bandbreite von +0,8 % bis +1,5 %, wobei rund 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte des Wachstums auf einen positiven Kalendereffekt zurückzuführen sind. Für das Jahr 2027 erwarten die Wirtschaftsforscher im Jahresverlauf eine ähnliche Entwicklung, im Jahresdurchschnitt jedoch – aufgrund des positiven statistischen Überhangs – ein leicht höheres Wachstum zwischen 1,0 % und 1,6 %.

Die deutsche Wirtschaft steht vor wachsenden internationalen Herausforderungen. Dazu zählen die zunehmende internationale Konkurrenz in Schlüsselbranchen, geopolitische Konflikte sowie protektionistische Tendenzen. Ein wichtiger Unsicherheitsfaktor bleibt die künftige Handelspolitik der USA, als zweitgrößtem deutschen Handelspartner. Hinzu kommen aktuell steigende Energiepreise, erhöhte Transportkosten sowie mögliche Unterbrechungen von Lieferketten. Diese Faktoren würden die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders belasten, insbesondere wenn sie über einen längeren Zeitraum anhalten.

Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten in ihren zum Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine leichte Zunahme der Ausfuhren aus Deutschland (+0,6 % bis +1,4 %) sowie einen stärkeren Anstieg der Einfuhren (+1,6 % bis +2,7 %). Damit dürfte der Außenhandel das BIP-Wachstum erneut dämpfen; die Prognosen gehen hier von einem negativen Wachstumsbeitrag von rund 0,4 Prozentpunkten aus.

Positive Wachstumsimpulse werden im Jahr 2026 dagegen von der Fiskalpolitik erwartet, wenn Maßnahmen wie das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) sowie das Investitionssofortprogramm zunehmend Wirkung entfalten. Neben steigenden Verteidigungsausgaben wirken auch steuerliche Entlastungen und Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten expansiv. Nach Einschätzung des ifo-Instituts könnte der expansive Impuls der Fiskalpolitik das BIP im laufenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte erhöhen.

Die Inflationsrate im Euroraum dürfte sich im Jahr 2026 – gemäß den Prognosen zum Jahreswechsel – voraussichtlich in der Nähe der Zielmarke von 2 % bewegen. Vor dem Hintergrund einer moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum wäre daher eine weitgehend unveränderte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu erwarten, die keine zusätzlichen Impulse für die wirtschaftliche Dynamik setzt.

Im Februar gab es mit einem Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex auf 88,6 Punkte erste Signale für eine mögliche Belebung der deutschen Wirtschaft. Mit Ausnahme des Handels fiel die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage in allen Bereichen besser aus. Eine positivere Entwicklung in den kommenden Monaten erwarteten vor allem Dienstleistungsunternehmen und Bauunternehmen, während sich die Erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe eintrübten. Trotz dieser Verbesserung überwiegen in den ifo-Umfragen weiterhin die negativen Einschätzungen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen. Die einzige Ausnahme bildet der Dienstleistungsbereich, in dem die positive Bewertung der aktuellen Lage leicht überwiegt.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe schwächte sich gegen Ende des Jahres 2025 ab; insbesondere Industrieunternehmen reduzierten ihre Produktion (-3,0 %). Angesichts der zuvor spürbaren Produktionsausweitungen und der insgesamt positiven Auftragsentwicklung spricht jedoch vieles für eine vorübergehende Abschwächung und nicht für eine grundlegende Trendwende.

So entwickelten sich die Auftragseingänge im Dezember 2025 deutlich positiv (+7,8 %). Auch im weniger volatilen Dreimonatsvergleich – und bereinigt um Großaufträge – lagen die Bestellungen im vierten Quartal 2025 um 2,5 % über dem Niveau der vorangegangenen drei Monate.

Die Aussichten für die Baukonjunktur haben sich verbessert. Alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten im Prognosezeitraum eine reale Zunahme der Bauinvestitionen. Die Prognosen zum Jahreswechsel reichen von +0,9 % bis +2,6 % im laufenden und von +1,8 % bis +3,4 % im kommenden Jahr.

Im Wohnungsbau sprechen gestiegene Auftragseingänge und Baugenehmigungen im vergangenen Jahr für eine mögliche Trendwende. Bis sich die steigende Zahl der Baugenehmigungen jedoch in der Bauproduktion niederschlägt, vergeht erfahrungsgemäß einige Zeit. Daher dürfte der Tiefstand bei den Wohnungsfertigstellungen vermutlich erst im Jahr 2026 erreicht werden.

Sowohl von den Ausrüstungs- wie auch den Bauinvestitionen erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2026 leicht positive Beiträge zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum (+0,1 bis +0,3 Prozentpunkte).

Den größten Wachstumsimpuls (+0,4 bis +0,6 Prozentpunkte) erwarten die meisten Institute allerdings von den Konsumausgaben des Staates, die gemäß den Prognosen zwischen 1,5 % und 2,4 % zulegen dürften.

Die privaten Konsumausgaben dürften im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsimpuls liefern, wenngleich der Zuwachs insgesamt moderat (<1 %) bleiben dürfte. Zwar wird ein leichter Anstieg des real verfügbaren Einkommens erwartet. Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit sowie der weiterhin unsicheren wirtschaftlichen und politischen Lage bleibt die Verbraucherstimmung jedoch gedämpft. Darauf weist die Entwicklung des GfK-Konsumklimas hin, welches zuletzt gesunken ist. Die Sparneigung der Haushalte stieg laut GfK auf den höchsten Stand seit 2008.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich in den vergangenen Monaten eine allmähliche Stabilisierung ab. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in den ersten Monaten des Jahres zunächst eine Seitwärtsbewegung. Im weiteren Jahresverlauf könnte die Arbeitslosigkeit im Zuge einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wieder sinken und die Beschäftigung zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2026 dürfte die Arbeitslosenquote damit nur leicht auf rund 6,2 % zurückgehen (nach 6,3 % im Jahr 2025). Für das Jahr 2027 wird dann ein deutlicherer Rückgang der Arbeitslosenquote auf unter 6,0 % erwartet; auch die Zahl der Erwerbstätigen dürfte wieder stärker steigen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihren Prognosen davon aus, dass der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland 2026 mit +1,8 % bis +2,2 % ähnlich ausfallen wird wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +2,0 % bis +2,4 % etwas höher liegen dürfte. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität könnte tendenziell preiserhöhend wirken. Angesichts der Bedeutung der Energiepreise für die allgemeine Preisentwicklung hängt die Inflation allerdings in besonderem Maße vom weiteren Verlauf des aktuellen Nahostkonflikts ab.

Trotz eines Rückgangs um 8 % gegenüber dem Vormonat lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zu Jahresbeginn 2026 weiterhin auf einem hohen Niveau. Darauf weist der IWH-Insolvenztrend hin, der 4 % über dem Wert des Vorjahresmonats und 54 % über dem durchschnittlichen Januarwert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019 lag. Die vom IWH erhobenen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich das Insolvenzgeschehen in den kommenden Monaten auf hohem Niveau stabilisieren dürfte.

Auch zu Jahresbeginn 2026 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Zu den bestehenden Risiken - insbesondere dem Krieg in der Ukraine und internationalen Handelskonflikten – sind weitere geopolitische Spannungen hinzugekommen. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft weiterhin vor strukturellen Herausforderungen. Wie sich die Entwicklungen im Nahen Osten auf die Weltwirtschaft, insbesondere auf den Ölpreis und internationale Transportwege, auswirken werden, dürfte sich erst in den kommenden Monaten zeigen. Entsprechend lassen sich auch die möglichen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft derzeit noch nicht abschließend abschätzen.

Im bisherigen Jahr 2026 haben sich die Zinsen am Geldmarkt zunächst wenig verändert, während am Kapitalmarkt bei den zehnjährigen Bundesanleihen zunächst sogar ein Rückgang der Renditen festzustellen war. Im Zuge der militärischen Eskalation im Iran kam es im Laufe des März allerdings zu einem merklichen Anstieg. Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresbeginn bei 2,87 % und bis zum 23.03.2026 bei 3,07 %.

Die Deutsche Bundesbank erwartet, dass das Geschäftsumfeld der deutschen Kreditinstitute weiterhin herausfordernd bleibt. Sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren könnten zu erhöhten Risiken im Kreditgeschäft führen. Insbesondere eine anhaltende wirtschaftliche Schwächephase dürfte die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen erhöhen und damit die Ertragslage der Institute beeinträchtigen. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Kreditwirtschaft mit steigenden Kosten konfrontiert. Diese ergeben sich neben möglichen Belastungen aus Kreditrisiken insbesondere aus zusätzlichen Investitionserfordernissen im Bereich der IT- und Cybersicherheit infolge der fortschreitenden Digitalisierung sowie der zunehmenden Bedrohungslage im Cyberraum.

Auch wenn zuletzt teilweise wieder eine höhere Kreditnachfrage zu beobachten ist, stehen dieser Entwicklung restriktivere Kreditvergaberichtlinien gegenüber. Diese sind vor allem auf eine gesunkene Risikotoleranz der Institute sowie auf gestiegene Kreditrisiken zurückzuführen.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem weiteren Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des abgelaufenen Jahres rechnen wir für das Jahr 2026 mit einem moderaten Anstieg im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen und im gewerblichen Kundenkreditgeschäft sowie einem spürbaren Anstieg im Kreditgeschäft mit öffentlichen Kreditnehmern. Hinsichtlich der Entwicklung der Einlagenbestände erwarten wir trotz eines zunehmenden Wettbewerbsdrucks einen weiteren spürbaren Anstieg auf dem Niveau des Jahres 2025 sowie weitere Bestandsverschiebungen innerhalb der Einlagenbestände zugunsten von täglich fälligen Einlagen sowie Einlagen mit fester Laufzeit. Demgegenüber prognostizieren wir keine relevanten Veränderungen hinsichtlich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten erwarteten Entwicklungen für das Folgejahr insgesamt einen spürbaren Anstieg.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir im Bereich der Konsumentenkredite von einem spürbaren Anstieg des Vermittlungsvolumens aus. Die Entwicklung der Bruttoabsätze im Bereich des Wertpapiergeschäftes ist aufgrund der im Jahr 2025 zu verzeichnenden hohen Umsätze eines einzelnen Investors kaum zu prognostizieren. Hinsichtlich der Nettoabsätze erwarten wir allerdings einen spürbaren Anstieg.

Hinsichtlich der externen Mitarbeiterfluktuation als bedeutsamster nichtfinanzieller Leistungsindikator erwarten wir für das Jahr 2026 eine Seitwärtsentwicklung auf dem vorhandenen niedrigen Niveau.

3. Entwicklung der Lage

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) erwarten wir weiterhin deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %.

Für die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) erwarten wir im Jahr 2026 eine Seitwärtsentwicklung, die damit weiterhin spürbar oberhalb der aufsichtlichen Mindestquote von 100 % liegen würde.

Für das Jahr 2026 sind größere Investitionen in unsere Betriebsimmobilien, u. a. hinsichtlich energetischer Sanierungen, Filialumbauten sowie die Umgestaltung der Außenanlage unseres Hauptstellengebäudes geplant.

Ertrags- und Vermögenslage

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2026 folgende Entwicklung.

Auf Basis des Betriebsvergleichs der Sparkassen-Finanzgruppe rechnen wir auf Basis der Annahme einer Seitwärtsentwicklung der Zinsstrukturkurve mit einem leichten Anstieg des Zinsüberschusses.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem moderaten Anstieg aus, wofür u. a. steigende Erträge aus dem Wertpapierbereich verantwortlich sind.

Auf Basis unserer Aufwandsplanung beläuft sich der prognostizierte Verwaltungsaufwand für 2026 deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Hierbei gehen wir unter Berücksichtigung der erwarteten Effekte aus dem Tarifaabschluss, der allgemeinen Preissteigerung sowie den geplanten Gebäudeinvestitionen von einem spürbaren Anstieg sowohl beim Personalaufwand als auch beim Sachaufwand aus. Durch ein stringentes Kostenmanagement wollen wir allerdings insbesondere im Bereich der Sachkosten Einsparungen realisieren, um unter den Ansatz gemäß unserer Mittelfristplanung zu gelangen.

Bezüglich des als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten Betriebsergebnisses vor Bewertung ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2026 insgesamt ein moderat sinkendes ordentliches Ergebnis von rund 0,80 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großer Unsicherheit zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir auf Basis einer weiterhin vorsichtigen Kreditgeschäftspolitik ein insgesamt spürbar rückläufiges negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezial-, Publikums- und Immobilienfonds rechnen wir mit einem per Saldo leicht positiven Bewertungsergebnis.

Für das sonstige Bewertungsergebnis haben wir hinsichtlich unserer strategischen Beteiligungen eine Belastung in Höhe von 1,8 Mio. EUR eingeplant. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend gehen wir für das Jahr 2026 von einer moderat rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. Die Entwicklung des – als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten – Jahresergebnisses nach Steuern und Ausschüttung wird insbesondere durch die weitere Entwicklung des Zinsniveaus und die entsprechenden Auswirkungen auf den Zinsüberschuss sowie durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Kredit- sowie das Wertpapier-Bewertungsergebnis determiniert. Gegenüber dem Vorjahr wird ein leicht geringeres Jahresergebnis erwartet, welches allerdings wiederum eine spürbare Erhöhung der Eigenmittel ermöglicht.

Hinsichtlich der als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren definierten Kapitalquoten (Gesamt- sowie Kernkapitalquote nach CRR) erwarten wir folgende Entwicklung: Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel, so dass die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischem Kapitalpuffer von 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte und Systemrisikopuffer von 1,00 % für den Wohnimmobiliensektor) nach unserer Einschätzung auch künftig deutlich überschritten werden. Für das Jahr 2026 gehen wir unter Berücksichtigung der positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2025 auf der einen sowie des erwarteten merkbaren Anstiegs der Risikoaktiva auf der anderen Seite von einer tendenziell Seitwärtsentwicklung der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote aus.

Die ebenfalls als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte NPL-Quote wird insbesondere durch die weitere wirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf unsere Kreditkunden determiniert. Für das Jahr 2026 gehen wir vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Annahmen tendenziell von einer Seitwärtsentwicklung der Quote aus.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) wird zum 31. Dezember 2026 mit 7,3 % prognostiziert.

Insbesondere bei einer Ausweitung der militärischen Eskalation im Iran verbunden mit einer weiteren konjunkturellen Abschwächung bzw. einer verzögerten konjunkturellen Erholung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (z. B. erhöhte Kapitalanforderungen, Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

4. Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2026 beurteilen wir unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als günstig. Die Sicherstellung einer angemessenen quantitativen sowie qualitativen Personalausstattung stellt hierbei eine notwendige Voraussetzung für die Erreichung unserer Ziele sowie einen zentralen Risikofaktor dar.

Insgesamt rechnen wir zwar mit einer gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufigen Entwicklung der Ertragslage, die aber dennoch eine spürbare Stärkung der Eigenmittel ermöglichen würde.

Auf Basis unserer Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Lagebericht für das Jahr 2025

STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

Oberhausen, den 24.03.2026

Mebus

Gäng